



Bundestags- brief

Nr. 150 • Die Woche im Bundestag • 23.05.2014



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Große Koalition legt Rentenpaket vor.

Das Rentenpaket steht. Wichtigste Botschaft: Die Mütterrente, unsere zentrale Zusage, wird kommen. Neun Millionen Mütter von vor 1992 geborenen Kindern werden künftig bei der Rente ein Jahr mehr als bisher pro Kind angerechnet bekommen. Das schafft mehr Gerechtigkeit und anerkennt die Erziehungsleistung der älteren Mütter. Denn sie haben häufiger als heute wegen der Erziehung ihrer Kinder auf Berufstätigkeit verzichtet, Kindergartenplätze waren seltener und der berufliche Wiedereinstieg war deutlich schwieriger als heute. Dabei gilt im Übrigen die Regel: je mehr Kinder erzogen wurden, desto geringer fällt die eigene Rente aus. Deshalb war und ist die verbesserte Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rente für die Mütter, die vor 1992 ihre Kinder geboren haben, eine Gerechtigkeitsfrage. Für deren Umsetzung hat sich die Union nachdrücklich und mit Erfolg eingesetzt.

Bei der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren konnten wir eine Reihe von Verbesserungen erreichen, die wir in intensiven Beratungen durchgesetzt haben: Wir schließen das Tor zur Frühverrentung. Unser Land braucht junge Menschen, die sich etwas zutrauen. Wir brauchen aber ebenso die Älteren, die über einen großen Erfahrungsschatz verfügen. Daher wird wirksam verhindert, dass mit dem neuen Gesetz Brücken in die Frühverrentung gebaut werden. Zeiten des Bezugs von Arbeitslosenhilfe und von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende werden nicht angerechnet. Zudem wird die Anrechnung von Arbeitslosengeld durch einen rollierenden Stichtag begrenzt. Dieser orientiert sich am individuellen Renteneintrittsalter. Zwei Jahre Arbeitslosigkeit vor dem 63. Lebensjahr bleiben unberücksichtigt. Wer kurz vor Rentenbeginn unverschuldet arbeitslos wird, wird aber nicht benachteiligt. Es wird Ausnahmen bei Arbeitslosigkeit durch Betriebspleiten geben.

Außerdem kommt die Flexi-Rente. Sie ist Bestandteil des Konsenspakets. Wer das Rentenalter erreicht, scheidet heute in der Regel aus dem Arbeitsverhältnis aus und geht in den Ruhestand. Wesentliches Hindernis zur Fortsetzung der Beschäftigung auch nach Erreichung der Regelaltersgrenze sind Paragraphen. Dieses Hindernis räumen wir aus. Wer länger arbeiten kann und will, kann künftig mit seinem Arbeitgeber einvernehmlich eine Weiterbeschäftigung für einen von vorneherein bestimmten Zeitraum vereinbaren, auch mehrfach. Wir zwingen den Menschen den Ruhestand künftig nicht mehr auf. Und die Betriebe brauchen die Älteren mehr und mehr. Die Flexi-Rente bringt beide Wünsche in Übereinstimmung.

Besorgniserregende und erschütternde Ereignisse.

In diesen Tagen gilt unser Mitgefühl vor allem den Opfern von Unglücken und Naturkatastrophen und ihren Angehörigen. Das Bergwerksunglück in Soma in der Türkei wühlt die Menschen auf. Sie haben nicht nur Hilfe in ihrer Not, sondern auch einen sensiblen Umgang mit ihrem Leid verdient. Hoffen wir, dass die innertürkischen Auseinandersetzungen über die Unglücksursache und die Folgerungen daraus gelöst und nicht etwa in unser Land exportiert werden.

Bedrückt sind wir vom Schicksal der Mädchen, die von Boko Haram in Nigeria entführt wurden. Kein Ende findet auch die Gewalt in Syrien oder jetzt wieder in Libyen. Aber auch auf unserem Kontinent sehen wir uns politischen Krisen gegenüber, die wir für längst überwunden glaubten. So hält uns nach wie vor die Entwicklung in der Ukraine in Atem. Am Tag der Europawahl, dem 25. Mai, wählt auch die Ukraine ihren neuen Präsidenten. Wir wollen, dass die Menschen in der Ukraine frei und ohne Druck über ihre Zukunft entscheiden können. Diese Wahlen

werden entscheidend für die Zukunft des Landes.

Wahl zum Europäischen Parlament.

Vom 22. bis 25. Mai 2014 wählen rund 400 Millionen Menschen auf unserem Kontinent ihr gemeinsames Parlament neu. Etwa ein Achtel der 751 Sitze werden über die deutschen Wahllisten bestimmt. Abgeordnete aus inzwischen 28 Staaten werden ihre Mandate im Europäischen Parlament erstmals oder erneut antreten. Welch ein Kontrast zu der Zeit vor 100 Jahren, als die Völker Europas auf dem Weg in den Ersten Weltkrieg waren. Heute sichern wir Frieden, Freiheit und Wohlstand auf unserem Kontinent gemeinsam. Die Völker Europas können stolz darauf sein, was sie in den letzten Jahrzehnten gemeinsam erreicht haben. Dem fühlen wir uns verpflichtet. In einem gemeinsamen Wahlauf Ruf von CDU und CSU für die Europawahl machen wir deutlich, dass die Union die Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung als ein Werk des Friedens fortschreiben will.

Wir wollen ein Europa, das weniger zentralistisch und weniger bürokratisch ist. Europa soll sich um die großen Gemeinschaftsaufgaben kümmern, aber nicht um alle Bereiche unseres Alltags. Wir wollen ein bürgernahes Europa. Wir wollen ein Europa mit Chancen für alle. Wir können auch künftig unsere Ideale und Werte, Freiheit und Sicherheit, Wohlstand, sichere Arbeitsplätze und unsere Umwelt bewahren. Dafür brauchen wir ein Europa mit einem starken und handlungsfähigen Parlament. Dafür stehen die Kandidatinnen und Kandidaten von CDU und CSU. Machen wir von unserem Wahlrecht Gebrauch, stärken wir Deutschland, stärken wir Europa!

Daten und Fakten

Europawahl. Vom 22. bis zum 25. Mai wählen die Bürger Europas zum achten Mal das Europäische Parlament (EP), diesmal in 28 getrennten Wahlen. In Deutschland sind am kommenden Sonntag 64,4 Millionen Bürger aufgerufen ihre Stimmen abzugeben, davon 61,4 Millionen deutsche Staatsbürger. Zusätzlich können 2,9 Millionen weitere Bürger der EU, die in Deutschland wohnen, an der Wahl teilnehmen. 5,9 Millionen dieser Wähler geben zum ersten Mal ihre Stimmen bei der Wahl zum EP ab. Davon sind 5,4 Millionen Deutsche. Insgesamt bewerben sich 1.053

Kandidaten auf die 96 Sitze, die Deutschland im EP nach dem Vertrag von Lissabon zustehen. Bei der Europawahl gelten in Deutschland zum ersten Mal - anders als in vielen anderen europäischen Ländern - keine Sperrklauseln mehr. (Quelle: Bundeswahlleiter)

Ukrainer für nationale Einheit. 77 Prozent der Ukrainer sprechen sich für die nationale Einheit aus, lediglich 14 Prozent sind der Meinung, dass sich Regionen nach Wunsch abspalten dürfen sollten. Im Westen des Landes und in der zentralen Region rund um die Hauptstadt Kiew sind sogar 93 Prozent für die nationale Einheit der Ukraine. In den östlichen Regionen ist die Zahl erwartungsgemäß niedriger, zeigt aber dennoch eine klare Mehrheit von 70 Prozent. Nur auf der von Russland annektierten Halbinsel Krim spricht sich eine Mehrheit von 54 Prozent für das Recht auf Abspaltung einzelner Regionen aus. Die Befragungen wurden nach der Annektierung der Krim durch Russland, aber vor den aktuellen gewaltsamen Auseinandersetzungen in den östlichen Regionen des Landes durchgeführt. Die Ukrainer äußern sich auch zum Einfluss externer Mächte: So wird die Arbeit der EU von 45 Prozent der Befragten als gut und von 33 Prozent als schlecht bewertet. Bei den USA sind es jeweils 38 Prozent, die ihre Rolle als gut beziehungsweise als schlecht bewerten. Der Einfluss Russlands wird von 67 Prozent als schlecht und lediglich von 22 Prozent als gut angesehen. (Quelle: Pew Research Center)

Deutsche Wirtschaft nimmt weiter Fahrt auf. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im ersten Quartal 2014 preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,8 Prozent höher als im vierten Quartal 2013. Damit hat der moderate Wachstumskurs des vergangenen Jahres (+ 0,4 Prozent im Schlussquartal 2013) an Dynamik gewonnen und liegt deutlich über dem EU28-Durchschnitt von 0,3 Prozent. Positive Impulse kamen im Vorquartalsvergleich nach vorläufigen Berechnungen ausschließlich aus dem Inland. Die privaten Haushalte und der Staat erhöhten ihre Konsumausgaben zum Jahresbeginn. Auch die Investitionen in Bauten und Ausrüstungen stiegen deutlich. Dagegen bremste der Außenhandel das Wirtschaftswachstum: Nach vorläufigen Berechnungen wurden zum Jahresbeginn 2014 weniger Waren exportiert, aber deutlich mehr Waren importiert als im Schlussquartal 2013. (Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat)